



WFU-Fraktion  
Vorsitzender: Sven Arnt  
0152 029 826 77  
sven.arnt@wirfuerunna.com  
: Barbara Risadelli  
0160 94 73 11 73  
anfrage@wirfuerunna.com

## Pressemitteilung 13/26

### Wir für Unna lehnt Steuererhöhung ab und fordert konsequente Haushaltskonsolidierung

---

Die Fraktion Wir für Unna hat heute die Vorlage der Verwaltung zur Aussetzung der Differenzierung der Hebesätze für Wohn- und Nichtwohngrundstücke entschieden abgelehnt. „Mit dieser Änderung wird das Wohnen für alle Unnaer Bürger deutlich und spürbar teurer – und das in einer Zeit, in der die Menschen bereits erheblichen Belastungen durch Steuern und Abgaben ausgesetzt sind. Das ist sozial ungerecht“, so der Fraktionsvorsitzende Sven Arnt. Bereits mehrfach hat die Fraktion auf die grundsätzliche Schieflage des Unnaer Haushalts hingewiesen und in der Haushaltsrede von Sven Arnt konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet. „Wir haben in einem Schreiben vom 8. April 2026 den Verwaltungsvorstand sowie alle Fraktionen und Ratsmitglieder aufgefordert, vor einer Steuererhöhung zunächst Einsparungen zu prüfen und den Haushalt auf diesem Wege zu konsolidieren“, so Arnt weiter.

Leider blieb die Resonanz auf diesen Appell aus – mit Ausnahme des Ratsvertreters der FDP. „Es ist offensichtlich und mir sowie der Fraktion unverständlich, dass eine Mehrheit im Rat lieber den Bürgern die Steuern erhöht, anstatt den Haushalt durch Einsparungen zu stabilisieren.“

Die Fraktion „Wir für Unna“ hat bereits in der Vergangenheit konkrete Sparvorschläge gemacht, die auch die Politik selbst betreffen. Diese Vorschläge wurden jedoch von den Mehrheiten im Rat abgelehnt, wie etwa der Wegfall der Stelle des dritten stellvertretenden Bürgermeisters.

„Diese Position dient lediglich dem Prestige der drei großen Parteien und bringt keinen echten Mehrwert für die Bürger. Anstatt sich um die Sache zu kümmern, wird hier nur das politische Ego der Beteiligten gestärkt“, kritisiert Arnt. „Wir brauchen keine überflüssigen Ämter, sondern eine Politik, die sich auf die wesentlichen Herausforderungen konzentriert und den Bürgern finanziell entgegenkommt.“

Eine Kürzung der Kopfpauschalen der Fraktionen und die Beendigung der Planungen für den sogenannten „Freizeitpark Unna-Massen“ waren weitere Einsparvorschläge.

„Im Gegenteil, es wurden Beschlüsse gefasst, die trotz der schwierigen Haushaltslage die konsumtiven Ausgaben weiter ansteigen lassen“, kritisiert Arnt.

Ein besonders teures Vorhaben ist der von CDU und SPD durchgesetzte Beschluss zum Wegfall der KiTa-Gebühren – ein Wahlversprechen des Bürgermeisters. Dieser Beschluss kostet die Stadt im Jahr 2026 rund 910.000 Euro und wird in den Folgejahren sogar auf 2,2 Millionen Euro steigen. Die Auswirkungen dieser Entscheidung auf die Grundsteuer B sind erheblich: Bei geplanten Einnahmen aus der Grundsteuer B in Höhe von 19,38 Millionen Euro und einem Hebesatz von 1052 % würde ein Hebesatzpunkt der Stadt rund 18.852,14 Euro an Steuereinnahmen bringen. Der Wegfall der KiTa-Gebühren sorgt allein für 116 zusätzliche Hebesatzpunkte von den jetzt 212 beschlossenen Hebesatzpunkten. Um dies in Relation zu setzen: Der Wegfall der KiTa-Gebühren kostet die Stadt rund 2 Millionen Euro jährlich, was 116 Hebesatzpunkten entspricht – das bedeutet, dass der Hebesatz allein für dieses eine politische Versprechen um fast 55 % steigt. „Dieses teure Wahlgeschenk müssen die Bürger selbst bezahlen – und zwar durch deutlich höhere Steuerlasten beim Wohnen“, stellt Arnt fest. Diese Belastungen treffen die Familien besonders hart, die zuvor zum Beispiel keine oder nur sehr geringe Gebühren gezahlt haben. Darüber hinaus ist auch die Planung des Freizeitparks Unna-Massen ein weiterer Kostenfaktor, der die Steuerlast der Bürger weiter erhöhen wird. Die jährlichen Planungskosten für den Freizeitpark in Höhe von 200.000 Euro verursachen bereits 10 zusätzliche Hebesatzpunkte. Sollte das Projekt mit einem Budget von 6,6 Millionen Euro tatsächlich umgesetzt werden, würden dafür weitere 350 Hebesatzpunkte erforderlich werden – und damit eine noch deutlich höhere Steuerlast für alle Unnaer. „In einer Zeit, in der Haushaltsdisziplin dringend geboten wäre, gehört es sich einfach nicht, die Steuern zu erhöhen, ohne im gleichen Zug konkrete Einsparungen zu benennen“, so Arnt.

Es könne nicht sein, dass Unna weiterhin in einigen Bereichen „über seine Verhältnisse lebt“, während die Bürger zunehmend belastet werden. Bürgermeister Wigant hatte im Wahlkampf 2025 den Schuldenabbau von 70 Millionen Euro als einen seiner Erfolge hervorgehoben. Arnt fragt: „Wo sind die Einsparungen geblieben und die eingesparte Verzinsung? Bei einer Zustimmung zur Erhöhung der Grundsteuer kann ich keinem Bürger mehr in die Augen schauen.“ „Wir sind nicht bereit, diese Steuererhöhungen weiter zu unterstützen. Stattdessen müssen wir uns darauf konzentrieren, den Haushalt durch Einsparungen zu konsolidieren und die dringend benötigte Haushaltsdisziplin wiederherzustellen.“

Die Fraktion Wir für Unna bleibt daher auch in Zukunft eine starke Stimme für die Bürger und setzt sich weiterhin für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Haushaltsführung ein.

Sven Arnt  
WfU-Fraktionsvorsitzender

Unna, den 22. April 2026  
<https://wirfuerunna.com>